

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/11449 –**

Mehrwegsysteme durch Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen stützen

A. Problem

Die Antragsteller bemängeln, dass der derzeitige Anteil von ökologisch vorteilhaften Mehrweggetränkeverpackungen die Zielquote von 80 Prozent bei weiter abnehmender Tendenz deutlich unterschreite.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Lenkungsabgabe auf ökologisch nicht vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen bei Abfüllbetrieben und von Importeuren zu erheben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11449 abzulehnen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Michael Brand
Berichterstatter

Gerd Bollmann
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Hans-Kurt Hill
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Brand, Gerd Bollmann, Horst Meierhofer, Hans-Kurt Hill und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 16/11449 wurde in der 200. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22.01.2009 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller bemängeln, dass der derzeitige Anteil von ökologisch vorteilhaften Mehrweggetränkerverpackungen die Zielquote von 80 Prozent bei weiter abnehmender Tendenz deutlich unterschreite.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Lenkungsabgabe auf ökologisch nicht vorteilhafte Einweggetränkerverpackungen bei Abfüllbetrieben und von Importeuren zu erheben.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/11449 in seiner 80. Sitzung am 28.01.2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass nicht die Zeit vorhanden sei, verschiedene Handlungsoptionen durch die Bundesregierung wissenschaftlich prüfen zu lassen. Auch langwierige Gesetzesinitiativen könnten angesichts des großen Handlungsdrucks, der sich aus bis zu 160.000 betroffenen Arbeitsplätzen ergebe, nicht zielführend sein. Aktuelle Studien würden zudem die bessere ökologische Verträglichkeit von Mehrwegsystem belegen. Man spreche allein bei alkoholfreien Getränken über ein Einsparpotential von 1,25 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Man müsse daher umgehend in Verhandlungen mit den Discountanbietern eintreten, wie es seinerzeit auch Bundesumweltminister Prof. Klaus Töpfer erfolgreich getan habe. Zweitens müsse dafür Sorge getragen werden, dass für das emittierte CO₂, wie in anderen Bereichen auch, ein finanzieller Beitrag erhoben werde. Zudem müsse man über die Einführung einer Kennzeichnungspflicht nachdenken.

Die **Fraktion der SPD** äußerte sich besorgt über den Einbruch der Mehrwegquote. Man könne darüber nachdenken, auf Einwegverpackungen auf die Umweltgefahren hinzuweisen, wie man es bezüglich gesundheitlicher Risiken auch bei Tabakwaren handhabe. Bei der Einführung einer Lenkungsabgabe stelle sich die Frage nach der Höhe mit der man eine Konkurrenzfähigkeit zu Mehrwegangeboten erzielen könne und die man auch juristisch unangreifbar gestalten könne. Es müssten Gespräche mit den Discountanbietern geführt werden, man erinnere aber an die Wirkungslosigkeit früherer Selbstverpflichtungen der Industrie.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass die wichtigste Frage sei, wie schädigend sich die derzeitige Situation auf die Umwelt auswirke und welcher Belastungen man auf der andere Seite der Bevölkerung zumuten wolle. Man habe die erwünschte Lenkungswirkung durch das Einwegpfand nicht erreichen können. Es sei daher fraglich, ob man durch eine erhöhte Abgabe dies Ziel erreichen werde. Über die Einführung einer Kennzeichnungspflicht, die dem Verbraucher die Unterscheidung erleichtere, könne man diskutieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass man mehrfach gefordert habe, eine Überprüfung der Systeme vorzunehmen. Es sei auch richtig, über die Einführung einer Klimaabgabe und eine Kennzeichnungspflicht nachzudenken. Man müsse damit dafür Sorge tragen, dass die Mehrweganbieter nicht benachteiligt würden. Diesem Ansinnen entspreche der vorliegende Antrag, dem man sich anschließen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte daran, dass der Mehrweganteil von 71 % im Jahr 2004 auf 60 % im Jahr 2006 gesunken sei und dass die Tendenz weiterhin abnehmend wäre. Man wisse um die Bedrohung vieler Arbeitsplätze und auch darum, dass die regionalen Kreisläufe immer weniger funktionierten, weil immer weniger Flaschen im Umlauf seien. Man müsse alles dafür tun, das Mehrwegsystem zu stützen, weil man damit gleichzeitig ökologisch sinnvoll handle und Arbeitsplätze sichere. Die von der Bundesregierung geplante Evaluation dauere angesichts des Handlungsdrucks zu lange.

Die **Bundesregierung** erklärte, dass sie ebenfalls den Handlungsdruck sehe. Gespräche mit den Branchenbeteiligten würden bereits geführt. Eine Lenkungsabgabe sei nicht kurzfristig umzusetzen. Man werde daher das Ergebnis einer Studie abwarten, um die darin skizzierten Handlungsoptionen zu prüfen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/11449 abzulehnen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Michael Brand
Berichtersteller

Gerd Bollmann
Berichtersteller

Horst Meierhofer
Berichtersteller

Hans-Kurt Hill
Berichtersteller

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin